

Die GRÜNE JUGEND Göttingen erklärt sich solidarisch mit der kurdischen Freiheitsbewegung

*Solidarität mit der zivilgesellschaftlichen, kurdischen Freiheitsbewegung zeigen!
Den Aufruf finden Sie [hier!](#)*

Das [Kurdistan Solidaritätskomitee](#) ruft unter dem Motto “Stell dir vor es ist Krieg und alle sehen hin!” zur Demo am 29.10. um 14 Uhr am Markt/Gänseliesel auf.

Das Bündnis verschiedener Initiativen fordert dazu auf, das Augenmerk auf Kurdistan und die mit dem dortigen Konflikt einhergehenden Verbrechen zu richten: Auf die Verletzung von Menschenrechten, auf die deutsche Beteiligung am Krieg und auf die Kriminalisierung von Menschen.

Wir, die GRÜNE JUGEND Göttingen, als Teil des Bündnisses, rufen dazu auf, für eine friedliche und basisdemokratische Lösung auf die Straße zu gehen. Der Aufruf geht auf viele Punkte ein; auch wer nur einige Punkte unterstützt, sollte an der Demonstration gegen Krieg, Verfolgung und Unterdrückung teilzunehmen!

Kurdische Menschen werden in den Ländern, in denen sie leben (Syrien, Iran, Irak und der Türkei) unterdrückt und verfolgt. Sich selbst als Kurd_Innen zu bezeichnen ist ihnen verboten. Ihre eigene kulturelle und politische Identität wird ihnen aberkannt. Auch wenn sie mittlerweile einen eigenen Fernsehsender zugestanden bekommen haben, ist es beispielsweise immer noch verboten kurdische Buchstaben zu verwenden. Gegen Unterdrückung und Verfolgung hat sich eine kurdische Freiheitsbewegung formiert. Die Bewegung besteht zu größten Teilen aus Parteien und einer breiten Zivilgesellschaft und fordert eine politische und demokratische Alternative innerhalb der bestehenden Nationalgrenzen. Der türkische Staat geht jedoch mit äußerster Brutalität gegen sie vor: Proteste wurden und werden niedergeschlagen, Aktivist_Innen ermordet, gefoltert oder aus politischen Gründen gefangen gehalten. Auch wurde einigen kurdischen Politiker_Innen ihr Mandat aberkannt.

“Obwohl auch der UNHCR, Amnesty International und der IHD die täglichen Verbrechen dokumentieren, ist dieses Thema nur Wenigen bekannt. Es ist an der Zeit, dass diese Menschenrechtsverletzungen von einer noch viel breiteren Weltöffentlichkeit beachtet und kritisiert werden, um ihnen Einhalt zu gebieten!”, fordert ein Mitglied der GRÜNEN JUGEND Göttingen. “Wir rufen alle Menschen dazu auf, mit uns zusammen für die Rechte der Kurd_Innen auf die Straße zu gehen!”

Gerade kommt es in der Region Kurdistan wieder zu einer Eskalation des Konfliktes. Beide Seiten sollten in dem seit Jahren andauernden militärischen Kampf die Waffen schweigen lassen und einen Friedensprozess einleiten. Nur eine beiderseits erklärte Friedensabsicht kann eine Grundlage von Gesprächen sein. Die türkische Regierung muss ihre Praxis, demokratische kurdische Parteien zu verbieten, stoppen. Nur mit Gesprächen auf Augenhöhe kann eine politische Lösung gefunden werden. Die Kämpfer_Innen müssen ihre Waffen niederlegen. Militärisch oder mit Anschlägen wird der Konflikt nicht zu lösen sein.

“Die Türkei ist mit 14% der größte Waffenabnehmer Deutschlands. Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Die Exporte in die Türkei widersprechen dem Leitlinienkatalog

der Genehmigungsvoraussetzungen deutscher Rüstungsexportgüter. Wir müssen gemeinsam laut werden gegen die bestehenden Verwicklungen und dafür sorgen, dass die deutsche Unterstützung für diesen Krieg beendet wird!“, fordert ein Mitglied der GJ.

Wenn man sich zum Kurdistan-Konflikt äußert, kommt man um eine Beschäftigung mit dem PKK-Gründer Abdullah Öcalan nicht herum. Dieser gilt in weiten Teilen der kurdischen Bewegung als der Dreh- und Angelpunkt, wenn es um die Gesamtkonfliktlösung geht. Seitdem er 1999 völkerrechtswidrig in die Türkei verschleppt und zum Tode verurteilt wurde (das Urteil wurde später in eine lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt), befand er sich jahrelang auf der Gefängnisinsel Imrali in Isolationshaft. Das Verfahren, das zu seiner Verurteilung führte, wurde 2005 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als ungerecht bezeichnet. Es darf nicht sein, dass ein Staat seine Macht missbraucht, um Aktivist_Innen auf nicht rechtsstaatliche Art und Weise aus dem Weg zu räumen. Die Person Öcalan ist so bedeutend, dass seine Verhaftung und Behandlung eine große politische Bedeutung hat. Da Öcalan von einem Großteil der kurdischen Bewegung als Sinnbild dieser angesehen wird, wird seine – nicht rechtsstaatlichen Maßstäben entsprechende – Inhaftierung von Vielen als eine Geiselnahme der gesamten Bewegung angesehen.

“Öcalan wird nicht auf Grund seiner begangenen Verbrechen festgehalten, sondern weil er eine äußerst wichtige Rolle im kurdischen Gesamtkonflikt spielt“, sagt ein Mitglied der Grünen Jugend, “Wir erkennen an, dass eine Lösung desselben aus kurdischer Sicht nur mit ihm erfolgen kann”. Leider werden auch in Deutschland Menschen kriminalisiert, die sich pro-kurdisch äußern. Seit dem PKK-Verbot im Jahre 1993 ist eine offene politische Betätigung von kurdischen Menschen in Deutschland nicht uneingeschränkt möglich. Engagement wird kriminalisiert und pauschal unter Terrorismusverdacht gestellt, obwohl seit einem Urteil des Bundesgerichtshofes die Gesamtorganisation nicht mehr als kriminelle Vereinigung eingestuft wird. “Angesichts der Tatsache, dass das PKK Verbot lediglich ein Unterdrückungswerkzeug gegen kurdisches Engagement darstellt, stellen wir die Frage, ob das PKK-Verbot überhaupt noch sinnvoll ist“, erläutert ein Mitglied der GJ.

“Weitergehend fordern wir die Abschaffung der Paragraphen 129a und 129b, die es unter dem Vorwand des Terrorismus erlauben, Menschen mit Hilfe besonders extremer Methoden zu überwachen, die den Freiheitsrechten widersprechen! Die beiden Paragraphen stellen eine repressive und unnötige Ergänzung zum Paragraphen 129 dar, der auch alleine effektiv den Zusammenschluss zu kriminellen Zwecken verbietet und ausreichende Maßnahmen zur Verhinderung zur Verfügung stellt.”

Die GRÜNE JUGEND Göttingen ruft dazu auf, sich am 29. Oktober 2011 an der Demonstration für die Rechte kurdischer Menschen und gegen den Krieg in der kurdischen Region zu beteiligen!

Kontakt bei Rückfragen: goettingen@gj-nds.de